Stadt Westerstede

Herrn Bürgermeister Klaus Groß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Westerstede

**Ratsfraktion Westerstede**

**Jochen Gertjejanßen**

Fraktionsvorsitzender

Seggerner Str. 15

26655 Seggern

 04488-520500

jochen@gertjejanssen.de

Westerstede, 22.11.2013



Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten, folgenden Antrag zur Beratung in den VA und anschließenden Beschlussfassung auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 10.12.2013 zu nehmen:

**Solidaritätserklärung des Westersteder Stadtrates für Edward Snowdon – für die Wahrung der informationellen Freiheit**

**Der Rat der Stadt Westerstede**

1. erklärt sich solidarisch mit Edward Snowdon in seinem Engagement für die Wahrung der informationellen Freiheit. Er hat der Gesellschaft die Augen geöffnet für illegales staatliches Handeln in ungeheuerlichem Ausmaß. Er hat Mut bewiesen und Gefahren für seine Person auf sich genommen, um in sehr wirksamer Art und Weise darauf aufmerksam zu machen, dass wltweit Daten in sehr viel größerem Umfang von staatlichen Nachrichtendiensten abgehört und ausgespäht werden, als bislang bekannt war und staatliche DStellen einräumen wollten.

Snowdon hat offengelegt, in welch großem Umfang die Nachrichtendienste bei ihren Überwachungsaktivitäten Unterstützung von privaten Internetunternehmen erhalten und dass ein Großteil der Geheimdienstaktivitäten ohne gesetzliche Grundlage geschieht, wobei viele Inladsgeheimdienste (u.a. der BND) auf die Daten anderer Geheimdienste zurückgreifen, um Gesetze im eigenen Land gezielt zu umgehen.

Snowdon hat zudem gezeigt, dass sich staatliche Behörden in erschreckendem Umfang politischer Kontrolle entziehen. Sie missbrauchen Sondergesetze, die vorgeblich der Terrorabwehr im Internet dienen, teils systematisch, teils willkürlich zu anderen Zwecken.

Edward Snowdons Enthüllungen und seine Zivilcourage haben weltweit eine längst überfällige Debatte über die Grenzen staatlicher Ausspähpraktiken und deren unzureichende politische Kontrolle in Gang gesetzt. Insbesondere an die Regierungen der USA und Großbritanniens gerichtet erklären wir: Wir haben kein Verständnis für die Kriminalisierung dieses Mannes! Indem er unter hohem persönlichen Risiko sein gewissen über das Gesetz gestellt hat, hat er der Gesellschaft weltweit im Sinne der Wahrung der informationellen Freiheit einen großen Dienst erwiesen. Dafür verdient er unseren Respekt und unsere Solidarität.

2. spricht sich gegen die illegale Überwachung und Datensammelei durch deutsche und ausländische Geheimdienste und Datensammler aus

3. fordert die Bundes- und Landesregierung sowie deren Westersteder und Ammerländer Abgeordnete auf, sich für die Aufnahme und gegen die Verfolgung und Auslieferung Snowdons einzusetzen

fordert die Bundesregierung auf, sich bei der US-Administration für die Wahrung der Rechte Edward Snowdons einzusetzen und den zukünftigen Schutz von Whistleblowern in Deutschland auf eine umfassende gesetzliche Grundlage zu stellen

**Begründung:**

Die aktuelle Situation, dass sich der für umfassende Freiheitsrechte kämpfende Whistleblower Edward Snowdon ausgerechnet in Russland der Verfolgung durch die US-amerikanische Regierung und deren Dienste entziehen muss, ist menschlich tragisch und politisch aus Sicht eines demokratischen Rechtsstaates nicht zu rechtfertigen. Zudem kann Edward Snowdon mit seinem Wissen als wesentlicher Zeuge deutschen Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung der ungesetzlichen Ausspähungen eine unabdingbare Hilfe sein.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Gertjejanßen